

VORWÄRTS

Sozialistische Linkspartei / SLP
Österreichische Sektion der SWP
Kaisersgraben 147/11; A-1070 Wien
Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11
E-Mail slp@post.az.at

Betriebszeitung der Sozialistischen Jugend Favoriten
Gruppe Rote Werkstatt

Nr. 3 DEZ./JÄN. 1983/84 Preis 5S Solidaritätspreis 10S

NEIN ZUR SPARPOLITIK! Sozialreformen dürfen nicht angetastet werden

Nun ist es auch in Österreich so weit. Unter den Slogan der Budgetsanierung beschert uns die rot-blaue Regierung als Neujahresgeschenk ihre Kürzungspolitik. Das von der Regierung beschlossene Maßnahmenpaket bedeutet, daß die kapitalistische Wirtschaftskrise auf Arbeiter, Angestellte und kleine Beamte abgewälzt wird. Während die Unternehmer sich über Steuererlenke, Subventionen und noch größere Gewinne freuen dürfen, wird unter Druck des Kapitals und der FPÖ, der von der Arbeiterbewegung erkämpfte Sozialstaat langsam wieder abgebaut. Durch Kürzungen in einigen Bereichen sollen 1984 14,5 Milliarden Schilling eingespart werden.

So wird die Wohnungsbeihilfe von S30.- monatlich, ersatzlos gestrichen.

Durch Einsparungen bei der Gratisschulbuchaktion erwartet man 100 Millionen S weniger Ausgaben.

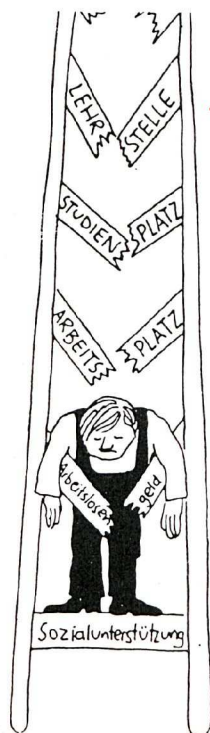
Die Geburtenbeihilfe wird von 19.000.-S auf 13.000.-S gekürzt.

Durch Streichung diverser außerordentlicher Sozialleistungen für öffentliche Bedienstete sollen 175 Millionen S eingespart werden.

Weiter erwartet die Regierung durch eine Reihe neuer Steuern, 1984 Mehreinnahmen von ca. 12,2 Mrd. S (Erhöhung der Mehrwert-

steuer, Luxussteuer und Energiesteuer nicht einberechnet).

Allein durch die 7,5% Zinsstragssteuer, die nun von allen Sparzinsen abgezogen wird (ausgenommen sind Wertpapiere die bis zum 31.12.83 ausgegeben werden und Sparguthaben von Ausländern) werden Mehreinnahmen von 3,4



DIE SOZIALE SICHERUNG HAT GEHALTEN!



Mrd. Schilling erwartet.

Diese Kürzungen und Steuererhöhungen in Verbindung mit den Tarifierhöhungen bei Post, Bundesbahn und Wiener Verkehrsbetrieben, bedeuten eine Gefahr für den erreichten Lebensstandard der Lohnabhängigen.

Durch das Maßnahmenpaket und die damit verbundene Erhöhung der Verbraucherpreise wird die Inflation weiter angeheizt. Bei einer erwarteten Inflationsrate von 5,5% 1984 bedeutet das, bei durchschnittlichen Lohnerhöhungen von 3,5%,

Fortsetzung Seite 9

INHALT

| | |
|-----------------|---------|
| Faschismus | Seite 2 |
| Niklasdorf | Seite 3 |
| Rosa Luxemburg | Seite 4 |
| 22.Oktober | Seite 7 |
| Wirtschaft | Seite 8 |
| Belastungspaket | Seite 9 |

NEO-NAZIS STOPPEN

Der derzeit stattfindende Neonazi-Prozeß ist ein Anlaß, um eine wirksame Bekämpfung neofaschistischer Gruppen zu fordern.

Zwar stellen sie keine Massenbewegung dar. Aber sie sind nach wie vor aktiv. In den letzten Jahren sind ihre Aktivitäten sogar gestiegen.

Die kapitalistische Weltwirtschaftskrise mit ihrem Massenelend und ohne Aussicht auf Besserung schuf die entscheidende Bedingung für den Erfolg faschistischer Propaganda. Auch heute brütet der Kapitalismus wieder ähnliche Bedingungen aus: Steigende Arbeitslosigkeit, sinkender Lebensstandard, wachsende Wohnungsnot. Der Faschismus ist nicht einfach ein autoritäres Regime. Er bedeutet brutalste Unterdrückung jedes einzelnen,

äußerste Ausbeutung der Arbeiterklasse durch Lohnsenkungen. Er bedeutet die totale Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen, um den Kapitalismus zu retten. Deswegen werden Faschisten durch Spenden aus dem Lager des Kapitals am Leben gehalten. Sie dienen als Reservetruppe der Herrschenden, um die Arbeiterbewegung terrorisieren zu können.

Gesetzlich ist das Verbot faschistischer Organisationen in Österreich schon seit 1947 festgelegt. Dennoch dürfen rechtsextreme Gruppen ihr Unwesen treiben. Führende Sozialdemokraten wollen trotzdem diesen Fragen mit "Liberalität" begegnen. Den Fehler, den Faschismus zu unterschätzen haben die Führer der österreichischen Arbeiterbewegung schon

einmal begangen. Trotz des revolutionären Linzer Programms von 1926 nahm die SDAP den Kampf gegen den Austrofaschismus nicht auf. Sie bot keine Lösung der kapitalistischen Krise an. Die organisatorische Grundlage der österreichischen Arbeiterbewegung, der Schutzbund, wurde so schrittweise vernichtet. Als sich der Schutzbund schließlich am 12. Februar zur Wehr setzte, war es längst zu spät. Nach drei Tagen war eine riesige Niederlage der Arbeiterklasse besiegelt.

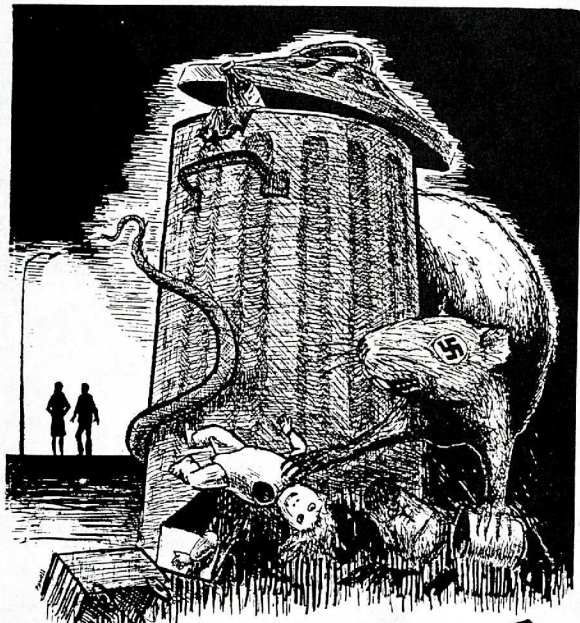
Noch sind die Faschisten in Österreich klein und schwach. Noch können sie gestoppt werden. Deshalb fordern wir:

- *Kein Vertrauen auf Gesetze und Staatsorgane bei der Bekämpfung von Neonazis! Alleiniges Vertrauen in die Kraft der Arbeiterbewegung!
- *Verbot und Auflösung faschistischer Parteien, Gruppen und Organisationen!
- *Keine Faschisten und Neonazis in den Staatsdienst!

Bettina Wolf SJ 10

IMPRESSUM

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Sozialistische Jugend Wien.
 Verantwortlicher Redakteur: Robert Schiffler
 1100 Wien Knöllg. 41/37
 Richtung der Zeitung: Sozialistische Betriebszeitung.
 Druck: Brücke-Druck- und Verlags-GesmbH. 1010 Wien, Wipplingerstr. 23



WACHSAM SEIN!

VERTEIDIGT JEDEN ARBEITSPLATZ

Niklasdorf Ende Oktober 1983

Der drei Kilometer von Leoben entfernte Ort an der Bundesstraße und der Südbahn gelegen, besteht zum Großteil aus einer Werksiedlung und der großen Papierfabrik. Die Häuser der Siedlung sind zum Teil frisch renoviert, zum Teil ist seit ihrer Erbauung nichts mehr verändert worden. Die Fabrik selbst macht den Eindruck, als hätte man sie schon vor Jahren zugesperrt. Verfallene Gebäude, zerschlagene Fensterscheiben, und kein Zeichen von Aktivität, das sind die ersten Eindrücke die wir von dem Werk erhielten. Unser eigentliches Ziel, einen Betriebsrat der LEYKAM AG zu sprechen, um ihn über die Ereignisse Anfang Oktober, als die Belegschaft ihr Werk besetzte, und es so vor der Schließung rettete, zu befragen, scheiterte gleich zu Beginn. "Das sei jetzt nicht möglich, er habe keine Zeit usw." Man zeigt sich nicht sehr gesprächig. Nur der Portier am Werkstor und ein paar Arbeiter können uns Auskunft geben. Wie es aber weitergeht, darüber können auch sie nur Vermutungen anstellen.

Ursprünglich sollte das Werk, obwohl Aufträge vorhanden waren, schon im September stillgelegt werden, die meisten Arbeiter hatten sogar schon ihre Kündigungsschreiben erhalten. Doch der Vorstand der LEYKAM hatte nicht mit der Initiative der Arbeiter gerechnet, die sich in einer Betriebsversammlung Ende September spontan entschlossen, den Betrieb zu besetzen und so für einen Weiterbestand der Fabrik zu kämpfen. Zusätzliche

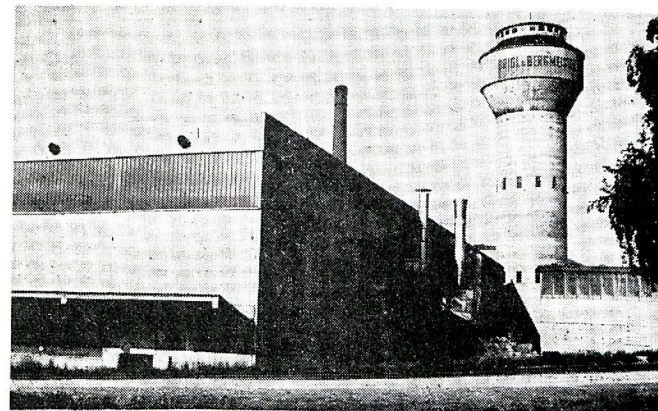
Unterstützung erhielten die Arbeiter noch durch ihre Angehörigen, die mit einer Straßenblockade auf die Situation der Belegschaft, auf ihre Forderungen aufmerksam machten.

Durch die Besetzung und die Aufregung, die diese in den Medien verursachte (Schlagzeilen in den großen Tageszeitungen, stündliche Meldungen im ORF), war die

niemand von der Belegschaft weiß, was "die Araber" jetzt machen werden.

Mit der Besetzung der Niklasdorfer Papierfabrik zeigten die Arbeiter, daß sie nicht mehr bereit sind, für eine Krise zu büßen, die sie nicht verursacht haben.

Aber das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Noch weiß man



LEYKAM AG gezwungen, die Verhandlungen um einen Verkauf zu beschleunigen.

Was man erst später erfuhr, war, daß der Käufer, ein arabischer Konzern, das Werk um ca. 40 Millionen Schilling, ungefähr ein Drittel des ursprünglich geforderten Preises, erhielt und daß außerdem nur 350 der rund 420 Arbeitsplätze erhalten bleiben. Derzeit laufen wieder beide Papiermaschinen, aber die Zukunft ist ungewiß und

nicht, wie weit die Araber die Löhne kürzen oder einen Teil der Belegschaft entlassen wollen. Wir müssen deshalb auch in Zukunft auf die Niklasdorfer Papierfabrik blicken.

Bernhard Odehnal SJ10

» MILITARISMUS DES KLASSENS

Das folgende „Gespräch“ mit Rosa Luxemburg hat in Wirklichkeit natürlich nie stattgefunden. Trotzdem sind alle Antworten von Rosa „echt“. Wir haben diese Form der Darstellung ihrer Gedanken zu den Themen Frieden, Abrüstung, Militarismus und Krieg gewählt, weil wir es für die einfachste Vorstellung ihrer Ideen halten. Es ist uns klar, daß das Herausgreifen von Zitaten, die vor Jahrzehnten geschrieben wurden, problematisch ist. Wir haben nur allgemeine Aussagen gewählt, die wir auch heute noch für gültig halten und die auf die heutige Situation angewendet werden können.

Wenn Rosa Luxemburg in diesem Gespräch von der Sozialdemokratie spricht, versteht sie darunter die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse. Zeitlebens, auch als SPD-Mitglied (bis 1916), kämpfte sie für marxistische Positionen in der deutschen Arbeiterbewegung.

Um den Text nicht zu sehr zu verunstalten, haben wir auch nicht jede Auslassung im Original kenntlich gemacht. Wer Zweifel hat, kann die Zitate an den angegebenen Stellen in der Ausgabe der gesammelten Werke vom Dietz-Verlag Berlin (1979) nachlesen.



Alle sagen, „Wir wollen Frieden.“ Und rüftet der Gegner nicht ab, muß aufgerüstet werden – sagen uns die Rechten.

Man sagt uns, die Völker lauern wie bissige Hunde, wie Wölfe aufeinander. Wir werden als Vaterlandsfeinde verschrien, wir haben nicht den nötigen Patriotismus in der Brust und wollen nicht zugeben, daß die Völker wie blutgierige Bestien sich gegenüberstehen.

Und uns soll weisgemacht werden, die gigantische Aufrüstung solle nur der Verteidigung dienen.

Hier haben wir wieder als Basis der ganzen politischen Orientierung jene famose Unterscheidung zwischen Verteidigungskriegen und Angriffskriegen. Was ist in der Tat ein Verteidigungskrieg? Wer wird es übernehmen, mit Sicherheit von einem Kriege zu behaupten, er gehöre zu dieser oder jener Kategorie? Und wie leicht ist es für die Diplomatie eines Militärstaates, durch einfache Lücken und Tücken einen schwachen Gegner zum Angriff zu zwingen, wenn ihm selbst der Krieg erwünscht ist?

Friedensverträge?

Aber es wird doch behauptet, daß durch den Abschluß von Verträgen der Ausbruch von Kriegen verhindert wird.

Welches politische Kind weiß nicht heute, daß Verträge nur dazu gemacht werden, um bei entsprechender Verschiebung der Kräfte gebrochen zu werden? Wo ist bis

jetzt ein internationaler Staatsvertrag, der nicht gebrochen worden wäre? An die Unantastbarkeit der internationalen Verträge kann nur glauben, wer keine Ahnung davon hat, daß sich die internationale Lage in ständigem Fluß befindet.

Sollte man Verträge also ablehnen?

Daß wir solche Verträge, wenn sie praktisch an uns herantraten, ablehnen müßten, wäre eine törichte Meinung. Aber nicht nur töricht, sondern verhängnisvoll ist es, den Kampf gegen den Krieg durch einen Kampf um Schiedsgerichte zu ersetzen oder dem Kampf um Schiedsgerichte im Kampf gegen den Krieg auch nur eine nebenswerte Rolle einzu-räumen.

Kapitalismus — Militarismus

Siehst Du denn überhaupt eine Möglichkeit, abzurüsten?

Die Einschränkung der Rüstung liegt nicht auf der Linie der Fortentwicklung des internationalen Kapitalismus. Nur wer einen Stillstand in der Weltpolitik erhofft, kann einen Stillstand in den Fortschritten des Militarismus für wahrscheinlich halten.

Aber wir erleben ja das genaue Gegenteil; die Gegensätze wachsen, und mit ihnen die Rüstung.

Mit der Fortentwicklung des Kapitalismus und des Weltmarktes wachsen und steigern sich diese Gegensätze zusammen mit den inneren Klassengegensätzen. An

die Möglichkeit, diese internationalen Konflikte abflauen zu lassen, kann nur glauben, wer an die Milderung und Abstumpfung der Klassengegensätze, an die Eindämmung der wirtschaftlichen Anarchie des Kapitalismus glaubt.

Du sprichst von der wirtschaftlichen Anarchie des Kapitalismus. Welches Interesse haben die Kapitalisten an der Rüstung, sie können doch selbst Opfer werden?

Der Militarismus scheint rein ökonomisch für das Kapital als ein Mittel ersten Ranges zur Realisierung des Mehrwerts.

Doch den größten Nutzen aus der Rüstung der großen Armeen ziehen die Fabrikanten von Eisen und Stahl, Kanonen, Waffen und Panzerschiffen wie auch die verschiedenen Bekleidungs- und Nahrungsmittellieferanten der Armee. Hunderte (heute: Tausende, die Red.) von Millionen wandern auf diese Weise von der Regierungskasse in die Tasche einer Handvoll von Kapitalisten.

Profit und Rüstung

Rüstungsaufträge sind auch nichts anderes als Staatsaufträge für Eisenbahnen o.ä. Tagtäglich erhalten Unternehmer Steuererleichterungen und Subventionen – was ist denn das Besondere an der Rüstungsproduktion?

Was bei militärischen Lieferungen hinzukommt, sind die unaufhörlichen technischen Umwälzungen und das unaufhörliche Wachstum der Ausgaben, so daß der Militarismus eine unerschöpfliche Quelle

IST AUSDRUCK TAATES «

Aus: VORAN zur sozialistischen Demokratie Überregionale marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft

der kapitalistischen Gewinne darstellt. Der Militarismus bildet für die Kapitalistenklasse ökonomisch die glänzendste Anlageart wie gesellschaftlich und politisch die beste Stütze ihrer Klassenherrschaft.

Dem Volk wird gewöhnlich eingeredet, das Militär sei nötig zur Verteidigung des Landes gegen den Überfall der Feinde.

Was meinst Du denn, wofür das Militär gebraucht wird?

In Wirklichkeit werden diese gewaltigen Armeen nicht für die Verteidigung des Landes gebraucht, sondern für zwei andere Zwecke: für den Raub fremder Länder und um die werktätige Bevölkerung im eigenen Land in der Sklaverei der herrschenden Ausbeuter zu halten.

Außerdem ist die Rüstung gesellschaftlich gesehen reine Verschwendung. Die Waffen stehen rum und die Soldaten produzieren nichts.

Aber der größte Schaden, den die heutigen Armeen der arbeitenden Klasse zufügen, ist der, daß das Militär das Werkzeug zur Unterdrückung des Volkes durch die eigene Regierung im Lande ist!

Aber die Soldaten sind doch auch nur einfache Menschen.

Freilich dient das arbeitende Volk selbst im Militär. Der Soldat ist der gleiche Arbeiter und Bauer in Uniform. Aber der mehrjährige Militärdienst in Kasernen und die militärische Disziplin sind vorzüglich so eingerichtet, aus dem Arbeiter und dem Bauern in Uniform ein gehetztes Tier zu machen. Nach dem mehrjährigen Drill verfißt der Soldat, daß er ein Kind des Volkes ist. So haben die herrschenden Klassen und Regierungen im Militarismus eine Mordwaffe gegen die bewußten Arbeiter.

Viele Linke können sich aus diesen Gründen nicht vorstellen, daß je eine Revolution gelingen wird, in der auch noch die Soldaten zu den Arbeitern überlaufen.

Sie vergessen immer und immer wieder, daß eine ernste Massenaktion des Proletariats selbst nicht anders als in einer revolutionären Situation stattfinden kann, in einer Situation, die bereits die ganze Volksmasse, das ganze Land zur Gärung gebracht hat. Ist dem aber so, dann erscheint auch die „starre Wand der Bajonette“ unter einem ganz anderen Gesichtswinkel, denn in den revolutionären Momenten, wo die Sache der kämpfenden Proletariats zur Sache des ganzen arbeitenden Volkes wird, da erwacht auch im Soldaten der Bürger, der Sohn des Volkes, der Proletarier.

Diejenigen, die das heutige Militär als eine unwandelbare feindliche Macht der

Revolution des Volkes gegenüberstellen, vergessen, daß die Revolution das Militär selbst in ihren Strudel zieht.

Volksbewaffnung

Die Rechnung der Herrschenden wird nicht aufgehen. Ist nicht trotzdem die Existenz eines stehenden Heeres eine Bedrohung für die Arbeiterbewegung?

Deshalb fordert die Sozialdemokratie (1906, d. Red.) die Abschaffung des Militärs. Für die Verteidigung des Landes wird keine Armee aus Hunderttausenden von Menschen benötigt. Es genügt, wenn die ganze erwachsene männliche Bevölkerung bewaffnet ist, und ihre Waffen immer zu Hause hält.

Die Volksbewaffnung ist natürlich ungeeignet für die Führung blutiger Eroberungskriege und Raub fremder Völker und Länder, weil ein ganzes Volk niemals bereit sein wird, sein Land zu verlassen, um zur Eroberung fremder Gebiete in ferne Länder oder über den Ozean zu ziehen. Vor allem jedoch ist die Waffe in der Hand des Volkes das beste Mittel gegen die Unterdrückung von Seiten der Kapitalisten.

Heißt das, Aufrüstung und Militarismus sind vom Kapitalismus nicht zu trennen?

Der Militarismus ist nicht der Schwerpunkt, sondern bloß ein Werkzeug der Klassenherrschaft. Der Militarismus ist der konkreteste und wichtigste Ausdruck des kapitalistischen Klassenstaates und wenn wir den Militarismus nicht bekämpfen, dann ist unser Kampf gegen den kapitalistischen Staat nichts als eine leere Phrase.

Worin siehst Du die Aufgabe der SPD im Kampf gegen den Militarismus?

In dem Militarismus kristallisiert sich die Macht und die Herrschaft ebenso des kapitalistischen Staates wie der bürgerlichen Klasse, und wie die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die ihn prinzipiell bekämpft, so gehört auch umgekehrt die prinzipielle Bekämpfung des Militarismus zum Wesen der Sozialdemokratie.

Heute hat die SPD eine andere Haltung dazu.

Die Verzichtleistung auf den Kampf mit dem militarischen System läuft praktisch auf die Verleugnung des Kampfes mit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung überhaupt hinaus.

Moralische Appelle

Viele Führer der heutigen SPD begnügen sich mit moralischen Appellen an die Militärs.

Der kapitalistische Imperialismus soll „moralisch“ werden. Das ist ungefähr das-

selbe, wie von der Prostitution zu verlangen, sie soll „moralisch“ werden.

Die SPD-Fraktion stimmt doch schon vor dem ersten Weltkrieg, am 4. 8. 1914, den Kriegskrediten im Reichstag zu.

Wenn der Zusammenbruch des 4. August etwas bewiesen hat, so ist es die welthistorische Lehre, daß eine wirksame Garantie des Friedens nicht fromme Wünsche und utopische Forderungen sind, sondern einzig und allein der tatkräftige Wille des Proletariats, seiner internationalen Solidarität treu zu bleiben. Nicht an Forderungen, sondern an der Fähigkeit, hinter diese Forderungen den Willen und die Tat zu setzen, hat es vor allem bei der deutschen sozialistischen Partei gefehlt.

Internationale Solidarität

Die Sozialdemokratie hat damals kläglich versagt, die internationale Solidarität wurde den nationalen Interessen des Kapitals geopfert. Viele SPD-Abgeordnete glaubten, die Gegensätze zwischen den Staaten und Klassen würden sich in der modernen bürgerlichen Gesellschaft automatisch verringern. Wie sah es vor dem ersten Weltkrieg mit solchen „Friedensstendenzen“ aus?

Werfen wir einen Blick auf die Vorgänge der letzten fünfzehn Jahre (1896 bis 1911 die Red.) der internationalen Entwicklung. Wo zeigt sich da irgendeine Tendenz zum Frieden, zum Abrüsten? Schon die nackten Tatsachen zeigen, daß seit fünfzehn Jahren beinahe kein Jahr ohne eine Kriegskaktion vergangen ist.

Wie kann man angesichts dessen von Friedensstendenzen der bürgerlichen Entwicklung reden? Wo sind sie zum Ausdruck gekommen?

Heute ist es nicht anders. Seit dem letzten Weltkrieg ist in der Welt kein einziger Monat ohne kriegerische Auseinandersetzung vergangen.

Dies den Massen auseinanderzusetzen, alle Illusionen in Bezug auf die Friedensmacht von bürgerlicher Seite rücksichtslos zu zerzausen und die proletarische Revolution als den einzigen und ersten Akt des Weltfriedens zu erklären, daß ist die Aufgabe der Sozialdemokratie angesichts aller Abrüstungsposen, ob sie in Petersburg, London oder Berlin (oder Genf, die Red.) arrangiert werden.

Fortsetzung **Rosa Luxemburg „Interview“**

UNO

Seit Jahrzehnten gibt es Versuche, durch internationale Abkommen und Organisationen wie Völkerbund und UNO, die weltweiten Konflikte im Zaum zu halten.

Der Schiedsgedanke ist nicht nur utopisch, sondern gefährlich und schädlich, weil er Illusionen über den möglichen Sinn und die mögliche Wirksamkeit diplomatischer Abmachungen erweckt; gefährlich und schädlich, weil er die politische Orientierung der Massen, ihre Einsicht in die

sequenz allesamt auf die glatte „Forderung“ hinauslaufen: **Abschaffung des kapitalistischen Klassenstaates.**

Weltrevolution

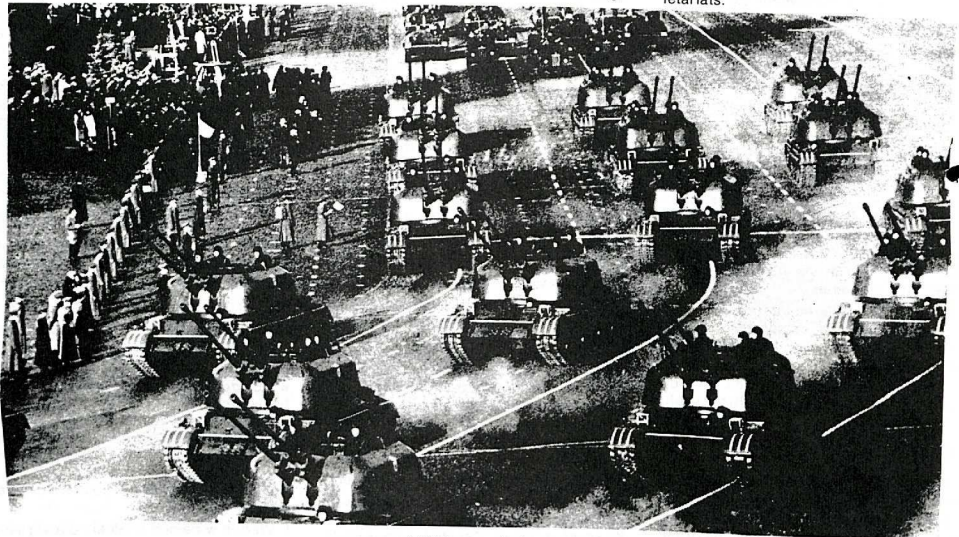
Wie kann die Zukunft des Zusammenlebens der Völker nach Abschaffung des Kapitalismus aussehen?

Wir wissen und wollen, daß die Völker sich in edlem Wettstreit gegenüberstehen. Wir wissen und wollen, daß die Völker sich in edlem Wettstreit um die Höhe der Kulturleistungen gegenüberstehen und sich ge-

dieses vernünftigen Zustandes zu denken ist — nicht, solange wie eine Klasse die andere ausbeuten und knechten kann. Und gerade deshalb sind wir Sozialisten geworden, um Verhältnisse zu schaffen, in denen alle Menschen als Menschen leben.

Welche Schlußfolgerung ziehst Du aus Deinen Erfahrungen?

Friede bedeutet Weltrevolution des Proletariats! Es gibt keinen anderen Weg, den Frieden wirklich herzustellen und zu sichern, als den Sieg des sozialistischen Proletariats.



Militärparade im Ostblock: Einschüchterung der Arbeiterklasse

wirklichen Zusammenhänge und Triebkräfte der Entwicklung verbaut und verwirrt, weil er die Aufmerksamkeit des Proletariats von dem ablenkt, worauf es für die Arbeiter allein ankommt.

Wir denken, daß es die Aufgabe der SPD ist, offen und eindeutig gegen die Nachrüstung aufzutreten.

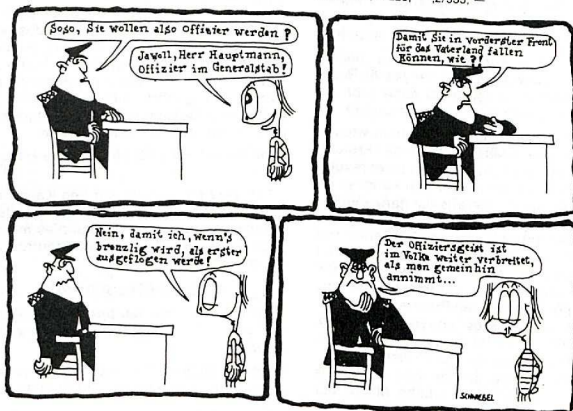
Aber diese Politik kann nicht darin bestehen, daß die sozialdemokratischen Parteien jede für sich oder gemeinsam auf internationalen Konferenzen um die Wette Projekte machen und Rezepte für die bürgerliche Demokratie ausklügeln, wie diese den Frieden schließen soll, um die weitere friedliche und demokratische Entwicklung zu ermöglichen. Alle Forderungen, die etwa auf die völlige stückweise Abrüstung, auf die Abschaffung der Geheimdiplomatie, auf Zerschlagung aller Großstaaten in nationale Kleinstaaten und dergleichen mehr hinauslaufen, sind samt und sonders völlig utopisch, solange die kapitalistische Klassengesellschaft das Heft in den Händen behält. Diese kann zumal unter dem jetzigen imperialistischen Kurs sowenig auf den heutigen Militarismus, auf die Geheimdiplomatie verzichten, daß die betreffenden Postulate eigentlich mit mehr Kon-

genseitig unterstützen sollen.

Wir Sozialdemokraten sind keine Phantasten, deshalb geben wir uns nicht der Hoffnung hin, daß, solange der Kapitalismus auf Erden besteht, an eine Verwirklichung

Quellenangabe

In der Reihenfolge der Antworten sind die Zitate zu finden:
Band 2/Seite 535, 2/527, 3/29, 4/228, 2/495, 2/495, 5/398 + 2/72, 1a/452 + 2/71, 2/71, 2/73, 2/73, 1b/621, 2/73, 2/424 + 1a/575, 1a/456, 1a/456, 3/28, 4/29, 2/496 + 2/497, 2/498, 4/229, —, 2/535, —



FRIEDEN DURCH SOZIALISMUS

Am 22. Oktober hat die österreichische Friedensbewegung rund um den Linzer Appell wieder einen deutlichen Beweis ihrer augenblicklichen Stärke geliefert. Obwohl von der JVP und einigen anderen rechten Gruppen Gegenveranstaltungen stattfanden, hat die Friedensdemonstration nichts an ihrer Gewaltigkeit eingebüßt.

Dennoch, trotz der Euphorie über eine immer stärker werdende Friedensbewegung und einer Steigerung des Friedensbewußtseins in der Bevölkerung der ganzen Erde, dürfen wir uns keinen Illusionen hingeben.

Diese Bewegung resultiert einzig und allein aus einer gigantischen Angst vor dem atomaren Holocaust. Dementsprechend sind ihre Ziele:

Verhinderung der Nato-Nachrüstung, Abbau der Atomwaffen in Ost und West, usw.

Selbst bei der illusionären Annahme, daß diese Forderungen durchführbar wären, ist die Gefahr des Krieges noch lange nicht beseitigt, die Rüstung würde wahrscheinlich auf einer anderen rüstungstechnischen Ebene stattfinden.

Während sich die Pazifisten in der Bewegung über die mächtigen Blockadeaktionen freuen, reißt sich das internationale Kapital in die Hände. Selbst das Friedensbekenntnis unserer Regierung kann nur als Phrase angesehen werden, bedenkt man, daß Österreich der siebentgrößte Waffenexporteur der Welt ist. Seit 1977 hatte Österreich auf dem Waffenexportsektor die größte Wachstumsrate der Welt und zwar um 185%!

Auch das Engagement Österreichs für die Dritte Welt, ist für informierte Menschen nicht glaubwürdig, solange Österreich Waffen

fast ausschließlich in die Dritte Welt liefert. Österreichische Gewehre und Radpanzer eignen sich ideal zum Einsatz gegen oppositionelle Arbeiter.

Solche Exporte werden auch noch direkt oder indirekt vom österreichischen Staat unterstützt, z.B. durch Exportförderung oder Exportgarantien der Kontrollbank (d.h. die Kontrollbank springt zur Zahlung ein, wenn ein Land, wie z.B. bei Bolivien der Fall war, nicht bezahlen kann).

Einige Beispiele österreichischer Rüstungsexporte:

EL SALVADOR: Maschinenpistolenmunition

BOLIVIEN: Handgranaten, Panzer, Munition. Offiziere wurden bei Firma Hirtenberger ausgebildet.

ARGENTINIEN: Jagdpanzer,

Munition

Die Waffenexporte nach Chile und Equador sind wegen massiver Proteste der Öffentlichkeit geplatzt. Doch machen wir uns nichts vor: Selbst ein Verzicht Österreichs auf diese Exporte, würde nicht viel ändern (was allerdings nicht heißen soll, daß man nicht dagegen kämpfen muss).

Solange es Kapitalismus gibt, wird es auch immer Kriege, Aufrüstung und dadurch Not und Elend für die Arbeiterklasse geben.

Wenn es uns nicht gelingt den Kapitalismus auf der einen- und die bürokratischen Herrscher auf der anderen Seite zu stürzen und an Stelle dessen, weltweit eine sozialistische Demokratie zu errichten, werden wir immer von einem weltweiten Atomkrieg bedroht sein.

FRIEDEN DURCH SOZIALISMUS



DIE NÄCHSTE KRISE KOMMT

BESTIMMT! Nur sozialistische Lösung möglich

Die Fakten und Zahlen dokumentieren: eine schreckliche Weltwirtschaftskrise: über 35 Millionen Arbeitslose in den OECD-Ländern, geringe Lebensqualität, Umweltkatastrophen, Hunger in der Dritten Welt, Abbau von Produktionsmitteln usw.

Aber hinter jeder Zahl stehen unzählige menschliche Schicksale, die weit mehr über den Zustand der Wirtschaft sagen könnten.

Das besondere an der neuen Wirtschaftskrise ist, daß es eigentlich nur mehr schlechter werden kann. Auch wenn jetzt die Industrieländer von einem Konjunkturaufschwung sprechen, so reicht dieser nicht aus, um die jetzige Arbeitslosenrate zu halten.

Die kapitalistische Privatwirtschaft, die noch immer tonangebend im Weltmaßstab ist, will ihre Gewinne sichern, hält ihre Investitionen zurück und baut ihre Fabriken ab. In vielen Fällen muß der Staat durch enorme Summen die defizitären Betriebe subventionieren, um ein plötzliches Ansteigen der Arbeitslosen zu vermeiden.

Bekanntes Beispiel ist die Stahlindustrie:

Die Stahlproduktion in den USA verzeichnet in den ersten neun Monaten 1983 einen Verlust von einer halben Milliarde Dollar. Die Kapazitätsauslastung beträgt nur 54%. Das bedeutet einen Abbau von Tausenden Arbeitskräften.

Währenddessen subventioniert die EG die europäische Stahlproduktion mit Milliardenbeträgen.

In der BRD sind die Konzerne Krupp und Thyssen in arge Schwierigkeiten und üben Druck auf die Bundesregierung aus, damit sie erneut eine Finanzspritze bekommen. In diesem Zusammenhang befindet sich auch die Werftindu-

strie in Not. Das Resultat sind Werftschließungen und erneut Arbeitslose.

Insgesamt werden in den westlichen Industrieländern nur ca. 60% der Kapazitäten ausgenutzt. Der Rezession von 1979-1982 ist zwar ein schwacher Aufschwung gefolgt, die Produktion wird aber nur um 2,3-4% pro Jahr steigen. Diese Steigerung trägt zu keiner Verbesserung der Arbeitsmarktsituation bei. Dieser schwache Konjunkturaufschwung wird in bis drei Jahren von einer noch stärkeren Rezession gefolgt werden.

Der Anstoß zum endgültigen Zusammenbruch der westlichen Wirtschaft könnten die Dritte Weltländer verursachen. Westliche Banken und der Internationale Währungsfond (IWF) unterstützen die Entwicklungsländer mit unvorstellbaren Summen. Trotzdem befinden sich diese Länder in akuter Not. Arbeitslosenraten bis über 50%, verschuldete Industrie, Ausverkauf der Rohstoffe, steigende Exporte usw. Im

besten Fall können sie die Zinsen der Kredite zurückzahlen. Aber dazu brauchen sie Kredite.... ein endloser Kreislauf? Nein, denn auch die westlichen Banken und der IWF sind in Geldnot. Kleinere Bankenzusammenbrüche und Zahlungseinstellungen des IWF, der hauptsächlich von den USA gestützt wird, sind die Folge.

Wenn nun aber die Entwicklungsländer ihre Zahlungen gänzlich einstellen und die Defizite der Industrieländer jede Finanzierungsmöglichkeit übersteigt, dann droht uns eine Wiederauflage der Wirtschaftskrise von 1929. Diese Situation könnte natürlich auch durch den Bankrott der Ostblock-Länder verschärft werden. Die Oststaaten werden zwar nicht von Krisen geschüttelt, aber manche Länder, wie Polen, Rumänien, Bulgarien, und Jugoslawien erleben eine permanente Verschlechterung der Wirtschaft.

Auch dort drückt sie sich in Nahrungsknappheit und Arbeits-



losigkeit aus.

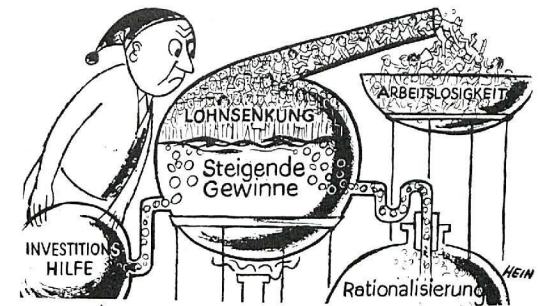
Ein katastrophaler wirtschaftlicher Zusammenbruch ist möglich. Das würde alle Illusionen der Werktätigen, auch der österreichischen, auf einen gesicherten Lebensstandard im Kapitalismus zerstören. Wir müssen gegen die unweigerlich darauffolgende Verarmung der Bevölkerung ankämpfen.

Unsere Antwort auf die kapitalistischen Krisen kann nur eine sozialistische Demokratie in Ost und West sein, die auch die Probleme der Dritten Welt lösen kann.

Internationale Solidarität zwischen den Arbeitenden aller Länder darf keine leere Phrase sein.

Thomas Kerschbaum SJ 10

Fortsetzung von Seite 1



KAPITALISTISCHE CHEMIE

NEIN ZUM BELASTUNGSPAKET

einen Reallohnverlust von ca. 2%.

Welche Auswirkungen diese Kürzungspolitik für die SPÖ hat, zeigte sich schon beim ersten Test der Koalitionsregierung, bei den Landtagswahlen in Niederösterreich. SPÖ und FPÖ erlitten bei diesen Wahlen eine schwere Niederlage. Diese Niederlage kommt nicht von ungefähr. Die SPÖ verlor viele Arbeiter- und Angestelltenstimmen durch die angekündigte Kürzungspolitik. Wenn sich die SPÖ nicht gegen den Druck des Kapitals hart und weiter eine unsoziale

Sparpolitik verfolgt, wird sie bei den nächsten Nationalratswahlen eine schwere Niederlage erleiden. Eine an die Macht kommende ÖVP Regierung würde dann mit der großen Axt das "Werk" fortsetzen, das die SPÖ geführte Regierung nun mit der kleinen Axt beginnt.

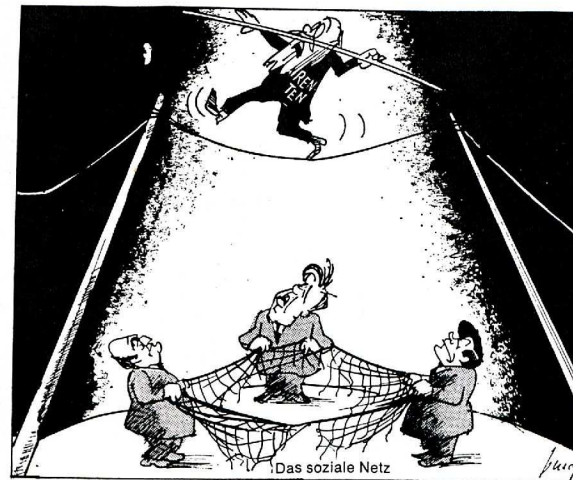
Der SJ-Bundesvorstand und die SPÖ-Linken sollten sich an die Spitze einer Kampagne stellen, die "Nein zu Kürzungen" sagt. Auf diese Weise könnte der Widerstand der Partei- und Gewerkschaftsbasis gegen den Sozialabbau mobilisiert

werden. Der für die Partei verhängnisvolle Kurs, der allerdings nützlich für das Kapital ist, in die sichere Wahlniederlage könnte gestoppt werden. Die bereits entstandene Unzufriedenheit über die Regierungspolitik könnte umgewandelt werden in Unterstützung für eine sozialistische Alternative.

Unsere Antwort muß lauten: Wenn die kapitalistische Marktwirtschaft sich den "Sozialstaat" nicht mehr leisten kann, dann können wir uns den Kapitalismus nicht mehr leisten!

- *Nein zu Kürzungen und Sozialabbau
- *Schluß mit der SPÖ Politik zu Gunsten des Kapitals
- *Zurück zum SPÖ-Programm der großen Sozialreformen! Wenn diese Sozialreformen nicht mehr mit dem Bestehen des kapitalistischen Systems vereinbar sind, dann muß eben dieses System überwunden werden!
- *Wenn die FPÖ nicht mitziehen will, gibt es nur eine Konsequenz: Aufkündigung der Koalition und Ausschreibung von Neuwahlen!
- *Für eine SPÖ Alleinregierung auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Robert Schiffler SJ10



Spendet für VORWÄRTS

Unser Ziel S30.000.- bis Juni 84

Der erste Schritt in Richtung eigener Schreibcomputer ist getan. Von April bis November sind bei uns 8196.-S an Spenden eingegangen. Das ist ca. ein Viertel der Summe die wir bis Ende Juni 1984 benötigen; also immernoch viel zu wenig.

Vorwärts setzt sich immer konsequent für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und für eine Politik in ihrem Sinne ein- gegen die wirtschaftliche und politische Macht des Kapitals und seiner Helfershelfer. Vorwärts setzt sich ebenso kritisch mit der Politik der Führungsspitzen von SPÖ und Gewerkschaften auseinander, wo diese einer konsequenten Interessenvertretung der Arbeitnehmer zuwider läuft und dies ist leider zu oft der Fall.

Als marxistische Zeitung untersucht und kritisiert Vorwärts auch Entwicklungen und Politik in den Ländern des sogenannten "realen Sozialismus", der für uns so "real" nicht ist.

Wir haben daher von all diesen Seiten nicht gerade wohlwollende Unterstützung zu erwarten.

Unsere politische (und finanzielle!) Basis sind die Kollegen und Genossen, die mit uns die Ideen (und besten Traditionen der Arbeiterbewegung) von Marx, Engels, Liebknecht und Luxemburg wieder aufgreifen, die Erkenntnisse des Marxismus als Anleitung zum praktischen Handeln begreifen und mit uns für eine illusionslose Politik gegen die herrschende Klasse eintreten.

Es gibt viele Möglichkeiten uns finanziell zu unterstützen.

So haben einige Genossen Partys organisiert und uns den Reinerlös gespendet. Durch Förderabonnements kamen auch etliche Schilling zusammen.

Ein paar Genossen sind auch dazu übergegangen uns regelmäßig

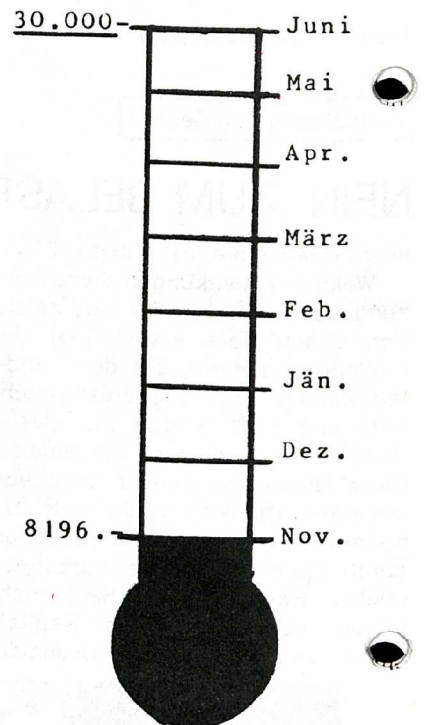
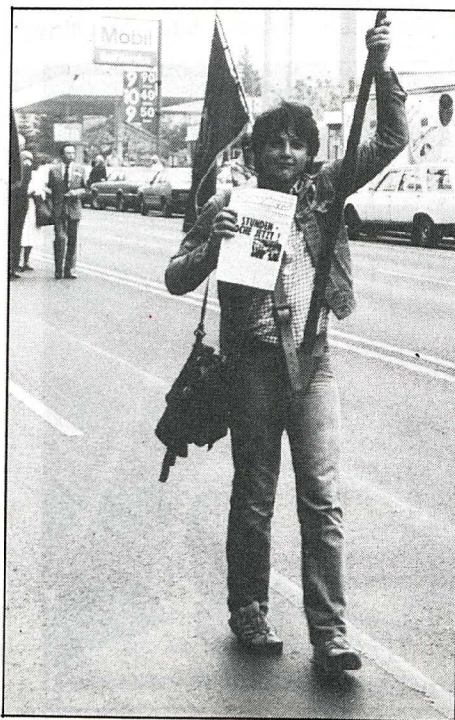
(jeden Monat) einen Betrag zu spenden. Man kann bei uns auch Poster (Marx, Lenin, Trotzki) zum Preis von S30.- erwerben.

Jetzt zu Weihnachten könntet ihr interessierten Genossen auch die Freude eines Geschenkabos machen!

Um uns im Juni den Schreibcomputer kaufen zu können, müssen wir bis dahin monatlich 3120.-S sammeln

Hilf mit dieses Ziel zu erreichen, es kommt auch auf deine Schilling an.

**SPENDENKONTO: Zentralsparkasse
Kontonr. 670043207**



ICH MÖCHTE VORWÄRTS
ABONNIEREN und habe Ös 40
(für sechs Ausgaben)
auf das Postscheckkonto
Robert Schiffler Kontonr.
7409295
überwiesen.
Lieferung folgt nach Zahlungseingang.
Name: